

der wir den Schaden und der schone Juchz Briand den Nutzen hat. Wir haben es ja gesehen, was französische Raffinesse aus den Plänen Coudenhoves zu machen bereit ist. Es besteht für uns keine Veranlassung, das nettliche Spiel mit Reichsgr. Plänen zu wiederholen. Geben wir doch bereits die ersten Zeichen. Reichsgr. Vorläufe haben in Frankreich viel Beachtung, wenn man sich auch ängstlich hütet, ihnen in öffentlichen Diskussionen zuzustimmen. Ein Zeichen dafür ist die Reise eines Reichspolitikers vom Range Reynauds nach Berlin. Reynaud hat darüber jetzt interessante Aufschlüsse gegeben. Sie sind aber nicht der Öffentlichkeit. Unsere Linkspresse hatte bekanntlich mit jener moralischen Entrüstung, die ihr so gut steht, behauptet, es hätte eine Verbrüderung der deutschen und französischen Reichsradikalen stattgefunden, so etwas wie eine Internationale der Nationalisten. Auf dieser furchtbaren Traum empörter Demokratenbergen wurde rasch zerhört. Denn Herr Reynaud hat über seine und Reichsgr. Pläne zunächst gar nicht mit Reichsnationalen gesprochen, sondern mit Zentrumspolitikern und — wie interessant — mit dem Sozialdemokraten Breitscheid. Was haben sich wohl der deutsche Staat und der französische Nationalist über das geplante Militärbündnis zu erzählen gehabt? Öffentlich schüttet die Linkspresse nun nicht ihre Vorurteile über den armen Breitscheid aus! Neben Linkspolitikern wollte begeistlicher Weise Reynaud auch Reichspolitiker kennenlernen. So wurden die deutschen Reichsabgeordneten Treppmann und Kühne zu einer Unterhaltung mit Reynaud eingeladen. Sie haben dieser Einladung selbstverständlich Folge geleistet. Nur demokratische Blätter, die ihren Lesern glaubhaft zu machen versuchen, die deutschnationalen Außenpolitik lasse sich auf die richtige Formel bringen: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“, können daran Anstoß nehmen. Reynaud entwickelte seine Gedanken über das künftige Verhältnis

Deutschland-Frankreich. Zunächst erklärte hieran, er verpönte sich bei der heutigen außenpolitischen Lage Deutschlands keinen praktischen Erfolg von der Behandlung des angeschlossenen Problems, und Dr. Kühne meinte, das die deutschnationalen eine Politik der Verhandlungen selbstverständlich nicht ablehnten, wenn gewisse Voraussetzungen, nämlich Rheinlandräumung, Abgabe der Saar, Rückkehr der Kriegsschuldfrage durch die Gegner, Erhöhung des deutschen Grenzbestandes, Rückgabe des Norddeutsches und Grenzbesetzung der Elbe, erfüllt seien. Allerdings, nun wird der demokratische Kern verständlich, denn „Verhandlungen“ für eine Verhandlungspolitik hat die amtliche deutsche Außenpolitik bisher noch nicht gemacht. Ganz im Gegenteil. Man erinnere sich an den Haag. Dort wollten wir zwar die Annahme des Youngplans von Vorleistungen des Gegners abhängig machen, aber statt dessen fanden wir uns für die Räumung und die Rückgabe der Saar sogar zu neuen Opfern bereit. Man mag es da nicht begründen, wenn den Franzosen von Reichspolitikern gelegentlich einer Äußerung sehr klar gemacht wird, daß wirkliche Gleichberechtigung Voraussetzung einer ehrlichen Verhandlungspolitik sein müsse? Das ist alles, aber auch alles, was von den Phantasien über die sehr viel weitergehenden, ja viel gefährlicheren „Angebote“ der deutschnationalen übrig blieb. Kein Wunder, daß zahlreiche vorkommliche Zeitungen sich jetzt sehr empört über das Geschehen ihrer parteiamtlichen Korrespondenz zeigen, daß sich nun als ein Riesenschwindel zugunsten demagogischer Rangkühnen der Dänen erweist. Freilich, auf wie lange ist sehr fraglich. Wie der Erfolg der großen Kundgebung für das deutsche Volksgeschehen in Berlin zeigte, scheint dieser Blindgänger doch noch Wirkungen zu zeitigen. Allerdings in ganz anderer Richtung, als es sich seine Väter vorgestellt haben.

Zugung der Eisenbahnen in Dresden

Einem Entschluß für die Wiederherstellung der Reichsbahn
Die in der Zeit vom 21. bis 26. September 1929 in Dresden stattgehabende Sitzung des Hauptvorstandes der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner e. V. an der über 100 Vertreter aus dem gesamten Reich, u. a. Reichsverkehrsminister Dr. Dr. Koch und mehrere Reichs- und Landesabgeordnete teilnahmen, faßte einstimmig folgenden Beschlus:
Anschließend der durch den Youngplan umgestalteten Reichsbahnverträge fordert der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner e. V. die Vorausnahme der Reichsbahn aus fremdem Vojnd und ihre Unterstellung unter den Einfluß des Reiches aus allgemein volkswirtschaftlichen, verkehrspolitischen sowie aus Gründen der Betriebssicherheit als unbedingte Notwendigkeit.

Das vor wenigen Tagen gefällte Urteil in Bezug auf die Verantwortung für das Münchener Eisenbahnunglück beweist mit aller Deutlichkeit, daß neben unzulänglichen technischen Anlagen der bisher größte Personalabbau und die Überlastung des Personals die Betriebssicherheit auf das schwerste gefährdet. Es muß deshalb im Interesse der Betriebssicherheit von der Reichsregierung, ihren Unternehmern und der Leitung der Reichsbahn verlangt werden, daß

1. das deutsche Reichsbahnpersonal grundsätzlich nicht schlechter gestellt werden darf als das vergleichbare Personal der deutschen Reichsbahnen. Insbesondere ist das ökonomisch-rechtliche Verhältnis mit gleichen Reichsbahngrundlagen wie bei den Reichsbeamten sicherzustellen;
 2. die Beamtenanwärter und Lohnempfänger keinerlei Rechtsverminderung gegenüber den vergleichbaren Bediensteten des Reichs sowie der übrigen Arbeitnehmer schuld erliden;
 3. infolge der erhöhten dienstlichen Inanspruchnahme des Personals die bestehenden sozialen Einrichtungen ungeschmälert erhalten und weiter ausgebaut werden.
- Der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner e. V. erwartet von dem gesamten deutschen Volk, vor allem von den Gewerkschaften der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten die nachdrücklichste Unterstützung im Entschlußkämpfe um die Freiheit der Reichsbahn als wertvollsten nationalen Gut des deutschen Volkes.

England räumt - Frankreich besetzt neu

Erhöhtes Truppenkontingent für Wiesbaden

Wiesbaden, 25. Sept. Wie die L. N. erzählt, werden von den links in Ostst. am Rhein liegenden Franzosen 100 Mann nach Wiesbaden gelegt, während man dort bisher nur mit etwa 150 Mann Besatzung rechnete. Ob Schierstein und Bleibitz nach dem Abzug der Engländer gänzlich freibleiben, konnte mit Bestimmtheit nicht in Erfahrung gebracht werden. Dagegen wird Blingen, das bekanntlich nur mit einem Nacht-Kommando rechnete, neu besetzt werden.

Am die Freigabe des Saarbeckens

Börsennotiz der französischen Presse
Paris, 25. Sept. Angesichts der in kurzer Zeit in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Freigabe des Saarbeckens verfaßt die Pariser Presse in einem polemischen Ton, der in Berliner politischen Kreisen schärfste Zurückweisung findet. Jetzt ist man in dieser Kampagne bereits soweit gediehen, daß man vor einer systematischen Fällung der Sachlage nicht zurückbleibt und alles unternimmt, um die Unterhändler unter politischen Druck zu setzen. Beispielsweise schreibt heute der „Excelsior“ in einem den Saarverhandlungen gewidmeten Artikel: „Man weiß, daß der Pariser Vertrag die Saargruben endgültig und definitiv Frankreich zuspricht und daß ein Plebiszit im Jahre 1935 über die endgültige Zugehörigkeit des Territoriums zu entscheiden hat.“ Eine so grobe Textfälschung ist in der Tat in der französischen Presse bisher kaum zu finden gewesen.

Rehrhaus in Genf

Abjektivarbeiten des Völkerbundesrates
Genf, 25. Sept. Der zweite Teil der Schlussung des Völkerbundesrates war ausgefüllt mit der Genehmigung der unveränderten Beschlüsse der heute abgeschlossenen 10. Völkerbundsversammlung. So wurden auf Vorschlag von Staatssekretär v. Schubert die notwendigen Maßnahmen getroffen, um die 11 Entschlüsse zu den Wirtschaftsproblemen ins Werk zu setzen. Der Rat beschloß, den Generalsekretär und das Wirtschaftskomitee mit den nötigen Vorbereitungen für die eventuelle Einberufung einer Präliminar-Konferenz von Regierungsvertretern zu beauftragen, die möglichst schon im Februar 1930 zusammenzutreten soll. Das Wirtschaftskomitee wird bereits in seiner am 24. Oktober beginnenden Tagung einen Vorentwurf für das Abkommen über den Zollfrieden aufstellen.
Die Entscheidung über die eventuelle Einberufung einer Kohlenkonferenz

wurde auf Januar vertagt, da zunächst das Ergebnis der neuen Verhandlungen zwischen Sachverständigen des Kohlenbergbaues und den Bergarbeitern abgewartet werden soll.
Dem Völkerbundsrat lagen

9 Minderheitsbeschwerden zur Entscheidung vor, davon 6 von der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien und 3 von der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien. Nicht alle Fragen konnten zu einer endgültigen Regelung gelangen; mehrere wurden wegen der besonderen Natur der Fälle bis zum Januar 1930 vertagt, da das vorliegende Beweismaterial noch ergänzt werden muß oder erst in den letzten Tagen eintraf. Eine dritte Reihe von Fällen schwebt vor dem Minderheitenamt und dem Gemischten Ausschuss für Oberschlesien, dem nicht vorgegriffen werden soll.

Der Völkerbund sucht ein Tagungshotel

Genf, 25. Sept. Der von der Völkerbundsversammlung eingeleitete Häuserausbau, dem auch Dr. Breitscheid angehört, hat heute in Begleitung von technischen Sachverständigen das Wahlversammlungsgebäude der Stadt Genf besichtigt. Nach dieser Besichtigung scheint man sich im Prinzip bereits einig darüber zu sein, die nächste Völkerbundsversammlung in diesem Gebäude abzuhalten, doch sollen zunächst technische Gutachten über die notwendigen Erweiterungen und Einrichtungen eingeholt werden.

Internationale Angleichung des Schulrechts

Interparlamentarische Konferenz in Berlin
Berlin, 25. Sept. Auf der Tagesordnung der Vollversammlung stand zunächst die Frage der Angleichung des Rechts des Schulverhältnisses. Der belgische Abgeordnete Albert Devyde erhaltete den Bericht und legte dem Plenum die Entschlüsse des Ausschusses empfehlend vor. Der Redner wies zunächst auf die Bedeutung dieser Vereinheitlichung für die Zivilisation hin und betonte, daß

Industrie und Handel ein lebendiges Interesse an dieser Rechtsangleichung hätten. Trotz aller Schwierigkeiten seien schon viele Versuche zur Vereinheitlichung unternommen worden. Der Red-

ner schilderte die bisherigen internationalen Verhandlungen auf diesem Gebiet und den Stand des internationalen Privatrechts. Er rühmte dabei die Arbeit des internationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom. Eine Angleichung des Schulrechts sei bereits durchgeführt zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark; sie werde erstrebt zwischen Frankreich und Italien.

Darauf wurde die Entscheidung des Ausschusses einstimmig angenommen.

Sum zweiten Punkt der Tagesordnung:

„Internationale Satzungen des Radioverkehrs“
berichtete Louis Dausset, ehemaliger Senator und Präsident des Pariser Stadtrats. Der Redner wies auf die Bedeutung des Radioverkehrs hin und schilderte die Versuche der einzelnen Länder, das Senderecht zu regeln. Er besprach dann die gestern vom Ausschuss für Radiowesen angenommene Entschlüsse mit ihren Vorschlägen: Schaffung einer internationalen Organisation durch den Völkerbund, die selbstständig ein internationales Radiokomitee auszuarbeiten soll, das die Staaten mit Vorgesetzter ausstatten. Diese Organisation soll sich auf der internationalen Radiotelegraphischen Konferenz 1932 in Madrid für eine

bessere Verteilung der Wellenlängen, für die Verhinderung gegenseitiger Sendebestörungen und für die Normung der Sendepreise einsetzen. Der Völkerbund soll für den Urheberrecht im Radiowesen sorgen. Völkerbund und Regierungen sollen durch Vereinbarungen die Übertragung großer Veranstaltungen von internationalem Interesse durch alle Sender ermöglichen, und in Welt soll unter Kontrolle des Völkerbundes ein Sender mit internationaler Statut errichtet werden. — Die Entschlüsse des Ausschusses wurde einstimmig angenommen.

Abends fand eine Festvorstellung in der Städtischen Oper an Charlottenburg statt. Zur Aufführung gelangte „Die Entführung aus dem Serail“.

Baden-Baden Tagungsort des Weltbank-Organisationsausschusses?

Berlin, 25. Sept. Wie von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, ist es bereits als ziemlich sicher anzusehen, daß der Organisationsausschuss für die Bank für internationale Zahlungen demnächst in Baden-Baden zusammentreten wird. Eine Einladung des Gouverneurs der Bank von Frankreich an die Notenbankpräsidenten zur Entsendung von Vertretern dürfte in absehbarer Zeit zu erwarten sein.

Gefährdung der Reichsdeutschen in der Tschechei

Der deutschblütige Justizminister sieht tatenlos zu

Prag, 25. Sept. Das „Prager Tagblatt“ wendet sich heute scharf gegen den Justizminister im tschechoslowakischen Kabinett, Prof. Dr. Rapy-Parina, der bekanntlich der Deutsch-Christlichsozialen Partei der Tschechoslowakei angehört, und macht ihn dafür verantwortlich, daß er die chauvinistischen tschechischen Willkürakte seitens der ihm unterstellten Behörden, vor allen Dingen gegen Reichsdeutsche, duldet. Besonders trüb, so schreibt das Blatt, sei die Behandlung der sogenannten Spionagefälle. Die letzten seien so skandalös, daß man an die beiden deutschen Minister im tschechoslowakischen Kabinett von subdeutscher Seite die scharfsten Angriffe richten müsse. Der Kritiker, der in Prager politischen Kreisen großes Aufsehen erregt, zeigt an drei Fällen,

wie trivial die tschechischen Justizbehörden mit der Ehre und Gesundheit harmloser Auslandsdeutscher umgehen, die ihrer Spionageverbrechen zum Opfer fallen.

Der erste Fall betrifft die drei reichsdeutschen Bauhner Kuzilka, die neun Wochen ungeschuldig unter Spionageverdacht im Gefängnis gehalten und auch dann erst entlassen wurden, nachdem sie einen Revers unterschrieben hatten, keine Schadenansprüche gegen den tschechischen Staat zu stellen. Die Polaren: Die Mutter des einen der Gefangenen starb vor Aufregung über die Verhaftung ihres Sohnes. Der zweite Bauhner, ein Sattlermeister, ging gescheitlich zugrunde.

Der zweite Fall betrifft den Bibliothekar der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Weichen, Grödel, dessen wegen der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Koch, bereits zweimal im tschechischen Außenministerium interveniert hat. Grödel soll bekanntlich das Schloßfeld von Rollin photographiert haben.

Die Schloßfeld von Rollin fand 1765 statt. Die Spionageverhaftung kam also rechtlich zu spät.

Trotzdem ist Grödel seit acht Wochen in der Untersuchungshaft des Rutenberger Kreisgerichts. — Der dritte Fall betrifft zwei österreichische Staatsangehörige, den Robert Böhm und seine Braut Grete Steinböck, die auf einem Ausflug wegen Spionage verhaftet wurden, weil sie in der Nähe des Bahnhofes von Dimas, also eines militärischen Objekts, photographierten. Ueber ein halbes Jahr wurden sie — wie bereits berichtet — in Dimas in Untersuchungshaft gehalten. Grete Steinböck beging aus Verzweiflung zwei Selbst-

Gastprüfungstermin in der Bombenaffäre

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 25. Sept. Vor dem Untersuchungsrichter fanden heute die ersten Gastprüfungstermine für die im Zusammenhang mit der Bombenaffäre Verhafteten statt. Auf Antrag der Anwälte wurden zunächst die Gastbesuche der Mädelmer Angekludigten geprüft, die nach längerer Beratung sämtlich befristet wurden. Dasselbe Schicksal hatte die Prüfung des Gastbesuchs gegen den Sekretär Ehrhardt, Planch, der entgegen der Beschlüsse des Verteidigers ebenfalls befristet wurde. In den nächsten Tagen werden die Anträge aller übrigen Angekludigten nachgeprüft werden, für die Rechtsanwalt Lutzger die Aufhebung der Gastbesuche beantragt hat.

Rechtfertigung Dr. Salingers

Berlin, 25. Sept. Der Vizepräsident hat am 19. September an den Zentralverband der Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie, in dem der feinerzeit im Zusammenhang mit der Bombenattentate verhaftete Dr. Salinger tätig ist, ein Schreiben gerichtet, in dem er feststellt, daß die polizeilichen Ermittlungen hinsichtlich des Herrn Dr. Salinger völlig abgeschlossen seien, und daß keinerlei Anhaltspunkte dafür vorlägen, daß Dr. Salinger an den Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen sei oder von ihnen genutzt habe.

Das tschechische Parlament aufgelöst

Prag, 25. Sept. Heute nachmittag wurden die Handbroschen veröffentlicht, womit der Präsident der Republik das Abgeordnetenhaus und den Senat auflöst.

Der englische Unterstaatssekretär für Luftfahrt kommt nach Dresden. Aus Warschau kommend, trat heute der englische Unterstaatssekretär für Luftfahrt, Montague, in Begleitung eines Referenten mit dem sachplanmäßigen Verkehrsflugzeug der Deutschen Luftlinie aus dem Berliner Genzalfughafen ein, wo er von Vertretern der Luftlinie begrüßt wurde. Der englische Unterstaatssekretär befindet sich auf einer Luftreise zum Studium der deutschen Handelsluftfahrt. Von Berlin aus wird er sich nach Dresden, Prag und Wien begeben.

mordversuche. Ihr Verlobter Böhm wurde im Gefängnis von einem fanatischen tschechischen Wirtshausler ermordet.

„Rein durch Zufall“, heißt es in dem Artikel, „wurden diese Fälle bekannt. Unbekannt sind aber eine unbestimmte Anzahl von Fällen, die der öffentlichen Kritik entzogen werden.“

Rein harmloser Ausländer ist in der Tschechoslowakei seiner Freiheit sicher.“

Die deutsche Öffentlichkeit und nicht nur die Substendentschen allein fragen sich angesichts dieser Zustände, wie ein deutscher Justizminister dieser nur gegen Deutsche gerichteten Willkürjustiz seiner tschechoslowakisch-chauvinistischen Beamten tatenlos zusehen kann.

Blutiger Zusammenstoß im Saargebiet

Saarbrücken, 25. Sept. Ein böses Ende nahm in Bliesheim eine von den Nationalsozialisten einberufene Versammlung. Gleich nach Beginn der Versammlung kam es zu wilden Ausschreitungen zwischen Hitleranhängern und Kommunisten. Es entwickelte sich eine Schlägerei, die schließlich in eine wahre Strassenjacht ausartete. In dem allgemeinen Streit wurden mehrere Schüsse abgefeuert, wodurch drei Personen erheblich verletzt wurden. Außerdem erlitten mehrere Teilnehmer Schlag- und Stichverletzungen. Ein Wehrsaftkommando der Landjäger nahm den Teilnehmern die Schusswaffen, Schlagringe und Stöcke ab. Außerdem nahm die Polizei eine Reihe von Verhaftungen vor. Die Nationalsozialisten wurden darauf in die Enge getrieben, daß sie unter polizeilichem Schutz nach Saarbrücken zurückgeleitet werden mußten.

Porzellan, Kristall
Johann Anhäuser, Ecke
str. Porzellan